Stand: 16.12.2025 01:59:16

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/6530

"Halbzeitbewertung des Verkehrsweißbuchs von 2011 10.03.2015 - 02.06.2015"

Vorgangsverlauf:

1. Europaangelegenheit (Drucksache) 17/6530 vom 05.05.2015
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/7407 des WI vom 07.07.2015
3. Beschluss des Plenums 17/7698 vom 21.07.2015
4. Plenarprotokoll Nr. 51 vom 21.07.2015

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 05.05.2015 **Drucksache 17/6530**

Europaangelegenheit

des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Beteiligung am Konsultationsverfahren der Europäischen Union; Halbzeitbewertung des Verkehrsweißbuchs von 2011
10.03.2015 – 02.06.2015

Verfahren gemäß § 83d BayLTGeschO

1. Der Ausschuss hat in seiner 25. Sitzung am 5. Mai 2015 im Wege der Vorprüfung einstimmig beschlossen, dass eine Beteiligung des Landtags am Konsultationsverfahren der Europäischen Union erforderlich ist.
2. Das Vorhaben wird zur federführenden Beratung gemäß § 83c Abs. 1 Satz 3 BayLTGeschO an den Ausschuss für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie überwiesen.

Begründung:

Die Konsultation ist landespolitisch von Bedeutung und betrifft Interessen des Landes.

Im Mittelpunkt der EU-Konsultation steht die zukünftige Ausrichtung des europäischen Verkehrsraums. Das Weißbuch befasst sich u.a. mit der Reduzierung des CO_2-Ausstoßes, der Einführung eines multimodalen Verkehrsinformationssystems, einer Vereinheitlichung der Mautsysteme, der Einführung einer einheitlichen EU-Maut, dem Brennerbasistunnel sowie mit den TEN-Projekten, die für Bayern besonders unter dem Aspekt einer Anbindung an die Mittelmeerhäfen von Interesse sind.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 07.07.2015 **Drucksache 17/7407**

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

Europaangelegenheit des Landtags
Drs. 17/**6530**

Konsultationsverfahren der Europäischen Union; Halbzeitbewertung des Verkehrsweißbuchs von 2011
10.03.2015 - 02.06.2015

I. Beschlussempfehlung:

Zum Konsultationsverfahren „Halbzeitbewertung des Verkehrsweißbuchs von 2011“ nimmt der Bayerische Landtag wie folgt Stellung:

Die EU-Kommission hat mit dem Verkehrsweißbuch „Fahrplan zu einem einheitlichen europäischen Verkehrsraum – Hin zu einem wettbewerbsorientierten und ressourcenschonenden Verkehrssystem“ vom 28.03.2011 eine strategische Vision für einen nachhaltigen und wettbewerbsorientierten Verkehr entwickelt. Ziel der EU-Verkehrspolitik ist ein einheitlicher europäischer Verkehrsraum. Darüber hinaus soll den Herausforderungen in Bezug auf die steigenden Treibhausgasemissionen, die Ölabhängigkeit, die Infrastrukturüberlastung, die Verkehrssicherheit und die Lebensqualität in den großen städtischen Zentren begegnet werden.

Insgesamt können die Ziele des Weißbuchs auch nach fünf Jahren Laufzeit grundsätzlich mitgetragen werden, denn auch die Bayerische Verkehrspolitik ist auf nachhaltige Mobilität ausgerichtet. Allerdings werden die Einsparziele und Zeitpläne im Verkehrsweißbuch, insbesondere vor dem Hintergrund der bisherigen Laufzeit, als sehr ambitioniert und optimistisch eingeschätzt. Zudem sind sie nur mit einer entsprechenden Mittelausstattung zu realisieren.

Im Einzelnen sind folgende Anmerkungen zu den wesentlichen Zielen veranlasst:

1. Das Verkehrsweißbuch zielt auf die Verringerung der verkehrsbedingten Treibhausgasemissionen um 60% bis zum Jahr 2050 gegenüber 1990 ab:

   Es ist anzumerken, dass die einseitige Konzentration auf die Verringerung der verkehrsbedingten Kohlendioxide andere Aspekte der Einhaltung der Luftqualitätsgrenzwerte nicht im gebotenen Umfang berücksichtigt. So führt eine Optimierung unter dem Gesichtspunkt der CO2-Reduzierung zu einer Veränderung der Fahrzeugflotte hin zum vermehrten Einsatz von Dieselfahrzeugen. Diese sind aber im Straßenverkehr die Hauptverursacher der NO2-Belastung. Insofern ist hier ein Interessenskonflikt zwischen dem Klimaschutz und der Luftreinhaltung gegeben. Vor diesem Hintergrund ist es erforderlich, in der künftigen Diskussion die Ziele des Weißbuchs so weiter zu entwickeln, dass hinsichtlich der ressourcenschonenden Entwicklungen des Verkehrssystems differenziertere Anforderungen erfolgen.

2. Das Verkehrsweißbuch stellt darauf ab, die Nutzung „mit konventionellem Kraftstoff betriebener PKW“ im Stadtverkehr bis 2030 zu halbieren, auf solche Fahrzeuge in Städten bis 2050 vollständig zu verzichten und bis 2030 eine im Wesentlichen CO2-freie Stadtlogistik in größeren städtischen Zentren zu erreichen:

   Dieses Ziel ist sehr ambitioniert und kann nicht allein durch den technischen Fortschritt und durch freies Nutzerverhalten erreicht werden. Zur Zielerreichung bedarf es weitergehender Maßnahmen sowie gegebenenfalls Anschubfinanzierungen, die das Verhalten der Verkehrsteilnehmer im Sinne der angestrebten Ziele beeinflussen.

3. Das Verkehrsweißbuch strebt an, bis 2030 30 % und bis 2050 mehr als 50 % des Straßengüterverkehrs über 300 km auf andere Verkehrsträger wie Eisenbahn- oder Schiffsverkehr zu verlagern, was durch effiziente und umweltfreundliche Güterverkehrskorridore erleichtert wird. Um dieses Ziel zu erreichen, soll auch eine geeignete Infrastruktur geschaffen werden.

   Die von der EU vorgegebenen Verlagerungsziele zur Verringerung der Treib-

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

hausgasemissionen, insbesondere der vorgesehene Ausbau der Infrastruktur, decken sich zwar grundsätzlich mit den Zielen Bayerns, sind aber sehr ambitioniert. Daher setzt der Freistaat Bayern neben dem Ausbau der entsprechenden Infrastruktur auf einen möglichst reibungslosen Übergang zwischen Straße, Schiene und Wasserstraße, fördert den Ausbau des Netzes von Umschlaganlagen des kombinierten Verkehrs und forciert logistische Projekte zur optimierten Abwicklung des Schienengüterverkehrs sowie neue Technologien.

4. Das Verkehrsweißbuch sieht bis 2050 die Vollendung eines europäischen Hochgeschwindigkeitsschienennetzes, bis 2030 die Verdreifachung der Länge des bestehenden Netzes sowie die Aufrechterhaltung eines dichten Schienennetzes in allen Mitgliedstaaten vor. Bis 2050 soll der Großteil der Personenbeförderung über mittlere Entfernungen auf die Eisenbahn entfallen.

   Das im Weißbuch genannte Ziel der Vollendung eines europäischen Hochgeschwindigkeitsnetzes orientiert sich im Wesentlichen an der im Jahr 2013 beschlossenen Verordnung über Leitlinien für die Transeuropäischen Verkehrsnetze (TEN-V). Ein europäisches Kernnetz, das die wichtigsten Hauptverkehrsknoten (große Städte, Häfen, Flughäfen) intermodal verknüpft und damit bestehende und geplante Verkehrsachsen mit besonderer strategischer Bedeutung abbildet, soll danach bis 2030 errichtet sein. Bis 2050 soll darauf aufbauend ein Gesamtnetz verwirklicht sein, das die Erreichbarkeit aller Regionen mit grenzüberschreitenden Verkehrswegen gewährleistet. Insoweit decken sich die Ziele des Verkehrsweißbuchs mit den Zielen der TEN-V-Leitlinien, die aus bayerischer Sicht zu begrüßen sind. Völlig offen ist jedoch weiterhin die ausreichende Finanzierung des Ausbaus der Infrastruktur. Die von der EU im Rahmen der „Connecting Europe Facility“ (CEF) zur Verfügung gestellten Mittel für den Ausbau des Kernnetzes des TEN-V decken nur einen Bruchteil des geschätzten Investitionsvolumens ab. Auch mit dem von der EU-Kommission angekündigten Europäischen Fonds für Strategische Investitionen (EFSI) sollen nicht zusätzliche Mittel zur Verfügung gestellt, sondern lediglich ein Anreiz für private Investitionen geschaffen werden. Ob dies im Schienenbereich letztlich Erfolg zeigen kann, ist offen. Allerdings besteht die Gefahr, dass CEF-Mittel in den ESFI verschoben werden, und damit letztlich weniger Fördermittel für Schieneninfrastrukturausbauten zur Verfügung stehen.

5. Das Verkehrsweißbuch will bis 2050 die Anbindung aller Flughäfen des Kernnetzes an das Schienennetz, vorzugsweise Hochgeschwindigkeitsschienennetz, sicherstellen.

   Mit dem Bahnknotenkonzept München unterstützt der Freistaat die Forderung zur verbesserten Anbindung aller Flughäfen des Kernnetzes an das Schienennetz.

6. Das Verkehrsweißbuch sieht die Einführung der modernisierten Flugverkehrsmanagement-Infrastruktur (SESAR) in Europa bis 2020 und die Vollendung des gemeinsamen europäischen Luftverkehrsraums vor.

   Das Ziel eines einheitlichen europäischen Luftraums wird unter Berücksichtigung hoher Qualitätsstandards grundsätzlich befürwortet. Insgesamt führt ein einheitlicher europäischer Luftraum zu mehr Effizienz und Klimaschutz und ist eine wichtige Stellschraube, um die Wettbewerbsfähigkeit und Nachhaltigkeit der europäischen Luftfahrt zu steigern. Die Umsetzung des einheitlichen europäischen Luftraums, für den in Deutschland der Bund zuständig ist, liegt jedoch nicht im ursprünglich vorgesehenen Zeitplan.

7. Das Verkehrsweißbuch verlangt nach einer umfassenderen Anwendung des Prinzips der Kostentragung durch die Nutzer und Verursacher und nach größerem Engagement des Privatsektors zur Beseitigung von Verzerrungen (einschließlich schädlicher Subventionen), zur Generierung von Erträgen und zur Gewährleistung der Finanzierung künftiger Verkehrsinvestitionen.

   Die Forderung nach einer vollständigen Anwendung des Prinzips der Kostentragung durch die Nutzer und Verursacher kann im ÖPNV aus Sicht des Bayerischen Landtags nicht verfolgt werden, da der ÖPNV ansonsten für den Nutzer nicht bezahlbar wäre. Der Umstieg von MIV auf den ÖPNV würde hier behindert werden, negative Auswirkungen wären die Folge.

Berichterstatter: **Eberhard Rotter**
Mitberichterstatter: **Bernhard Roos**

II. Bericht:

1. Das Konsultationsverfahren gemäß § 83d BayLTGeschO wurde dem Ausschuss für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen hat das Konsultationsverfahren gemäß § 83d BayLTGeschO endberaten.
2. Der Ausschuss für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie hat das Konsultationsverfahren am 21. Mai 2015 in seiner 31. Sitzung federführend beraten und einstimmig zu der in I. enthaltenen Beschlussempfehlung Zustimmung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen hat das Konsultationsverfahren am 7. Juli 2015 in seiner 27. Sitzung endberaten und einstimmig zu der in I. enthaltenen Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses Zustimmung empfohlen, mit der Maßgabe dass die Überschrift folgende neue Fassung erhält:

   „**Der Bayerische Landtag nimmt das Konsultationsverfahren zum Anlass, um folgende Stellungnahme abzugeben:**“.

Erwin Huber
Vorsitzender

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 21.07.2015 **Drucksache 17/7698**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Konsultationsverfahren der Europäischen Union;

Halbzeitbewertung des Verkehrsweißbuchs von 2011
10.03.2015 - 02.06.2015

Drs. 17/**6530**, 17/**7407**

Der Bayerische Landtag nimmt das Konsultationsverfahren zum Anlass, um folgende Stellungnahme abzugeben:

Die EU-Kommission hat mit dem Verkehrsweißbuch „Fahrplan zu einem einheitlichen europäischen Verkehrsraum – Hin zu einem wettbewerbsorientierten und ressourcenschonenden Verkehrssystem“ vom 28.03.2011 eine strategische Vision für einen nachhaltigen und wettbewerbsorientierten Verkehr entwickelt. Ziel der EU-Verkehrspolitik ist ein einheitlicher europäischer Verkehrsraum. Darüber hinaus soll den Herausforderungen in Bezug auf die steigenden Treibhausgasemissionen, die Ölabhängigkeit, die Infrastrukturüberlastung, die Verkehrssicherheit und die Lebensqualität in den großen städtischen Zentren begegnet werden.

Insgesamt können die Ziele des Weißbuchs auch nach fünf Jahren Laufzeit grundsätzlich mitgetragen werden, denn auch die bayerische Verkehrspolitik ist auf nachhaltige Mobilität ausgerichtet. Allerdings werden die Einsparziele und Zeitpläne im Verkehrsweißbuch, insbesondere vor dem Hintergrund der bisherigen Laufzeit, als sehr ambitioniert und optimistisch eingeschätzt. Zudem sind sie nur mit einer entsprechenden Mittelausstattung zu realisieren.

Im Einzelnen sind folgende Anmerkungen zu den wesentlichen Zielen veranlasst:

1. Das Verkehrsweißbuch zielt auf die Verringerung der verkehrsbedingten Treibhausgasemissionen um 60 Prozent bis zum Jahr 2050 gegenüber 1990 ab:

   Es ist anzumerken, dass die einseitige Konzentration auf die Verringerung der verkehrsbedingten Kohlendioxide andere Aspekte der Einhaltung der Luftqualitätsgrenzwerte nicht im gebotenen Umfang berücksichtigt. So führt eine Optimierung unter dem Gesichtspunkt der CO_2-Reduzierung zu einer Veränderung der Fahrzeugflotte hin zum vermehrten Einsatz von Dieselfahrzeugen. Diese sind aber im Straßenverkehr die Hauptverursacher der NO_2-Belastung. Insofern ist hier ein Interessenskonflikt zwischen dem Klimaschutz und der Luftreinhaltung gegeben. Vor diesem Hintergrund ist es erforderlich, in der künftigen Diskussion die Ziele des Weißbuchs so weiter zu entwickeln, dass hinsichtlich der ressourcenschonenden Entwicklungen des Verkehrssystems differenziertere Anforderungen erfolgen.

2. Das Verkehrsweißbuch stellt darauf ab, die Nutzung „mit konventionellem Kraftstoff betriebener PKW“ im Stadtverkehr bis 2030 zu halbieren, auf solche Fahrzeuge in Städten bis 2050 vollständig zu verzichten und bis 2030 eine im Wesentlichen CO_2-freie Stadtlogistik in größeren städtischen Zentren zu erreichen:

   Dieses Ziel ist sehr ambitioniert und kann nicht allein durch den technischen Fortschritt und durch freies Nutzerverhalten erreicht werden. Zur Zielerreichung bedarf es weitergehender Maßnahmen sowie gegebenenfalls Anschubfinanzierungen, die das Verhalten der Verkehrsteilnehmer im Sinne der angestrebten Ziele beeinflussen.

3. Das Verkehrsweißbuch strebt an, bis 2030 30 Prozent und bis 2050 mehr als 50 Prozent des Straßengüterverkehrs über 300 km auf andere Verkehrsträger wie Eisenbahn- oder Schiffsverkehr zu verlagern, was durch effiziente und umweltfreundliche Güterverkehrskorridore erleichtert wird. Um dieses Ziel zu erreichen, soll auch eine geeignete Infrastruktur geschaffen werden.

   Die von der EU vorgegebenen Verlagerungsziele zur Verringerung der Treibhausgasemissionen, insbesondere der vorgesehene Ausbau der Infrastruktur, decken sich zwar grundsätzlich mit den Zielen Bayerns, sind aber sehr ambitioniert. Daher setzt der Freistaat Bayern neben dem Ausbau der entsprechenden Infrastruktur auf einen möglichst reibungslosen Übergang zwischen Straße, Schiene und Wasserstraße, fördert den Ausbau des Netzes von Umschlaganlagen des kombinierten Verkehrs und forciert logistische Projekte zur optimierten Abwicklung des Schienengüterverkehrs sowie neue Technologien.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

4. Das Verkehrsweißbuch sieht bis 2050 die Vollendung eines europäischen Hochgeschwindigkeitsschienennetzes, bis 2030 die Verdreifachung der Länge des bestehenden Netzes sowie die Aufrechterhaltung eines dichten Schienennetzes in allen Mitgliedstaaten vor. Bis 2050 soll der Großteil der Personenbeförderung über mittlere Entfernungen auf die Eisenbahn entfallen.

   Das im Weißbuch genannte Ziel der Vollendung eines europäischen Hochgeschwindigkeitsnetzes orientiert sich im Wesentlichen an der im Jahr 2013 beschlossenen Verordnung über Leitlinien für die Transeuropäischen Verkehrsnetze (TEN-V). Ein europäisches Kernnetz, das die wichtigsten Hauptverkehrsknoten (große Städte, Häfen, Flughäfen) intermodal verknüpft und damit bestehende und geplante Verkehrsachsen mit besonderer strategischer Bedeutung abbildet, soll danach bis 2030 errichtet sein. Bis 2050 soll darauf aufbauend ein Gesamtnetz verwirklicht sein, das die Erreichbarkeit aller Regionen mit grenzüberschreitenden Verkehrswegen gewährleistet. Insoweit decken sich die Ziele des Verkehrsweißbuchs mit den Zielen der TEN-V-Leitlinien, die aus bayerischer Sicht zu begrüßen sind. Völlig offen ist jedoch weiterhin die ausreichende Finanzierung des Ausbaus der Infrastruktur. Die von der EU im Rahmen der „Connecting Europe Facility“ (CEF) zur Verfügung gestellten Mittel für den Ausbau des Kernnetzes des TEN-V decken nur einen Bruchteil des geschätzten Investitionsvolumens ab. Auch mit dem von der EU-Kommission angekündigten Europäischen Fonds für Strategische Investitionen (EFSI) sollen nicht zusätzliche Mittel zur Verfügung gestellt, sondern lediglich ein Anreiz für private Investitionen geschaffen werden. Ob dies im Schienenbereich letztlich Erfolg zeigen kann, ist offen. Allerdings besteht die Gefahr, dass CEF-Mittel in den ESFI verschoben werden und damit letztlich weniger Fördermittel für Schieneninfrastrukturausbauten zur Verfügung stehen.

5. Das Verkehrsweißbuch will bis 2050 die Anbindung aller Flughäfen des Kernnetzes an das Schienennetz, vorzugsweise Hochgeschwindigkeitsschienennetz, sicherstellen.

   Mit dem Bahnknotenkonzept München unterstützt der Freistaat die Forderung zur verbesserten Anbindung aller Flughäfen des Kernnetzes an das Schienennetz.

6. Das Verkehrsweißbuch sieht die Einführung der modernisierten Flugverkehrsmanagement-Infrastruktur (SESAR) in Europa bis 2020 und die Vollendung des gemeinsamen europäischen Luftverkehrsraums vor.

   Das Ziel eines einheitlichen europäischen Luftraums wird unter Berücksichtigung hoher Qualitätsstandards grundsätzlich befürwortet. Insgesamt führt ein einheitlicher europäischer Luftraum zu mehr Effizienz und Klimaschutz und ist eine wichtige Stellschraube, um die Wettbewerbsfähigkeit und Nachhaltigkeit der europäischen Luftfahrt zu steigern. Die Umsetzung des einheitlichen europäischen Luftraums, für den in Deutschland der Bund zuständig ist, liegt jedoch nicht im ursprünglich vorgesehenen Zeitplan.

7. Das Verkehrsweißbuch verlangt nach einer umfassenderen Anwendung des Prinzips der Kostentragung durch die Nutzer und Verursacher und nach größerem Engagement des Privatsektors zur Beseitigung von Verzerrungen (einschließlich schädlicher Subventionen), zur Generierung von Erträgen und zur Gewährleistung der Finanzierung künftiger Verkehrsinvestitionen.

   Die Forderung nach einer vollständigen Anwendung des Prinzips der Kostentragung durch die Nutzer und Verursacher kann im ÖPNV aus Sicht des Bayerischen Landtags nicht verfolgt werden, da der ÖPNV ansonsten für den Nutzer nicht bezahlbar wäre. Der Umstieg von MIV auf den ÖPNV würde hier behindert werden, negative Auswirkungen wären die Folge.

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Ich rufe jetzt **Tagesordnungspunkt 3** auf:

Abstimmung

über Europaangelegenheiten und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Gegenstimmen! – Keine Gegenstimme. Stimmenthaltungen? – Keine Stimmenthaltung. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Europaangelegenheiten und Anträge zugrunde gelegt wurden gem. § 59 Absatz 7 (Tagesordnungspunkt 3)

Es bedeuten:

(E)	**einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses**
(G)	**Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen**
(ENTH)	**Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss**
(A)	**Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss**
(Z)	**Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss**

Europaangelegenheiten

1. Nichtlegislatives Vorhaben der Europäischen Union;
Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss, den Ausschuss der Regionen und die Europäische Investitionsbank: Rahmenstrategie für eine krisenfeste Energieunion mit einer zukunftsorientierten Klimaschutzstrategie
COM(2015) 80 final BR-Drs. 71/15
Drs. 17/6322, 17/7405 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	A	A

2. Nichtlegislatives Vorhaben der Europäischen Union;
Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat: Erreichung des Stromverbundziels von 10 Prozent - Vorbereitung des europäischen Stromnetzes auf 2020
COM(2015) 82 final
BR-Drs. 73/15
Drs. 17/6323, 17/7406 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

3. Konsultationsverfahren der Europäischen Union
Umgang mit Treibhausgasemissionen aus der Landwirtschaft und der Landnutzung, Landnutzungsänderung und Forstwirtschaft (LULUCF) angesichts des Klima- und Energierahmens der EU bis 2030
25.03.2015 – 17.06.2015
Drs. 17/6529, 17/7369 (ENTH)

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gem. § 126 Abs. 3 BayLtGeschO:
Votum des endberatenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

4. Konsultationsverfahren der Europäischen Union
Halbzeitbewertung des Verkehrsweißbuchs von 2011
10.03.2015 – 02.06.2015
Drs. 17/6530, 17/7407 (E) [X]

Gemäß § 126 Abs. 3 BayLTGeschO:
Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

5. Konsultationsverfahren der Europäischen Union
Öffentliche Konsultation im Rahmen des „Eignungstests“ der Naturschutzvorschriften der EU (Vogelschutzrichtlinie und Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie)
30.04.2015 – 24.07.2015
Drs. 17/6833, 17/7573 (G)

Antrag der Fraktion FREIE WÄHLER gem. § 126 Abs. 3 BayLtGeschO:
Votum des endberatenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	A	Z

Anträge

6. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Lebensunterhalt für volljährige Menschen mit Behinderung sichern – Urteile des Bundessozialgerichtes zur Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung umsetzen
Drs. 17/5608, 17/7499 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	A	Z	Z

7. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Anhörung zu den Problemen der bayerischen Betriebe mit der Umsetzung des Mindestlohns
Drs. 17/6018, 17/7562 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	A	Z	A

8. Antrag der Abgeordneten Dr. Harald Schwartz, Kerstin Schreyer-Stäblein, Bernhard Seidenath u.a. CSU
Jugendschutz bei E-Zigaretten, E-Shishas u.ä.
Drs. 17/6031, 17/7500 (E)

Antrag der Fraktion FREIE WÄHLER gem. § 126 Abs. 3 BayLtGeschO:
Votum des mitberatenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

9. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Lehrerinnen- und Lehrerfortbildung professionell gestalten
Drs. 17/6204, 17/7530 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	ENTH	Z

10. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Peter Meyer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Bürgernahe Justiz – Beibehaltung der amtsgerichtlichen Zweigstellen
Drs. 17/6223, 17/7513 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

11. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Peter Meyer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Medizinische Betreuung in JVA-Krankenabteilungen sicherstellen
Drs. 17/6320, 17/7514 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

12. Antrag der Abgeordneten Joachim Unterländer, Bernhard Seidenath, Kerstin Schreyer-Stäblein u.a. CSU
Bündnisse für Familien - Einbeziehung von pflegenden Angehörigen
Drs. 17/6410, 17/7516 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

13. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Elektromobilität durch steuerliche Förderung voranbringen
Drs. 17/6417, 17/7539 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

14. Antrag der Abgeordneten Kathrin Sonnenholzner, Ruth Müller, Kathi Petersen u.a. SPD
Psychiatrische Versorgung von Migrantinnen und Migranten verbessern!
Drs. 17/6444, 17/7518 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

15. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Dr. Paul Wengert u.a. und Fraktion (SPD)
„Riegel Dich Sicher!“
Drs. 17/6457, 17/7240 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

16. Antrag der Abgeordneten Herbert Woerlein, Klaus Adelt SPD
Aufstockung der Mittel für die Ausgleichsleistung für Biberschäden
Drs. 17/6552, 17/7574 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

17. Antrag der Abgeordneten Harry Scheuenstuhl, Florian von Brunn, Klaus Adelt u.a. SPD
Kennzeichnungspflicht für torfhaltige Produkte
Drs. 17/6558, 17/7575 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

18. Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Angelika Weikert, Doris Rauscher u.a. und Fraktion (SPD)
Flüchtlingsunterkünfte: Kommunen unterstützen – Nutzbarkeit von Bundes- und Landesimmobilien prüfen
Drs. 17/6559, 17/7540 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

19. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Karl Vetter u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
B85 – Zeitnahe Realisierung der Ortsumfahrung Neubäu
Drs. 17/6580, 17/7483 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	ENTH

20. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Umsetzung des Mindestlohns V: Auftreten von Zollbeamten bei der Mindestlohnkontrolle
Drs. 17/6584, 17/7484 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	A	Z	A

21. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Leopold Herz u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Umsetzung des Mindestlohns VI: Sonderregelung für mitarbeitende Familienangehörige in der Landwirtschaft schaffen
Drs. 17/6585, 17/7566 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	A	Z	A

22. Antrag der Abgeordneten Natascha Kohnen, Annette Karl, Bernhard Roos u.a. SPD
Kommunen bei Bergrechtsverfahren mit einbeziehen
Drs. 17/6613, 17/7318 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

23. Antrag der Abgeordneten Dr. Linus Förster, Susann Biedefeld, Hans-Ulrich Pfaffmann u.a. SPD
Abschaffung von Roaming-Gebühren
Drs. 17/6651, 17/7505 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

24. Antrag der Abgeordneten Kathrin Sonnenholzner, Doris Rauscher, Kathi Petersen u.a. SPD
Aushändigung medizinischer Befunde der Asylbewerber-Erstuntersuchung
Drs. 17/6659, 17/7519 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

25. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Schulverpflegung verbessern
Drs. 17/6722, 17/7569 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

26. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Mütze u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Praxistaugliche Regulierung von Sportwetten
Drs. 17/6729, 17/7541 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

27. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Kathrin Sonnenholzner, Ruth Müller u.a. SPD
Kinder und Jugendliche stark machen IV:
Gesundheitsförderliches Verhalten in der Schwangerschaft aktiv bewerben
Drs. 17/6731, 17/7520 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

28. Antrag der Abgeordneten Kathi Petersen, Kathrin Sonnenholzner, Ruth Müller u.a. SPD
Bericht der Staatsregierung über die Situation der Hospiz-Einrichtungen in Bayern
Drs. 17/6733, 17/7521 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

29. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Aufklärung über den Umgang mit streikenden (angestellten) Lehrkräften
Drs. 17/6735, 17/7487 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

30. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Karl Vetter u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Prästationäres MRSA-Screening bei planbaren Krankenhausaufenthalten einführen – Empfehlungen des Robert-Koch-Instituts umsetzen!
Drs. 17/6738, 17/7523 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	ENTH	Z	Z

31. Antrag der Abgeordneten Petra Guttenberger, Angelika Schorer, Martin Schöffel u.a. CSU
Beibehaltung des bestehenden Systems der Lebensmittelkontrollen
Drs. 17/6746, 17/7576 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	A

32. Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Ruth Müller, Herbert Woerlein u.a. SPD
Anbindehaltung in der Milchviehhaltung nicht verbieten – Schutz unserer bayerischen, bäuerlichen Strukturen
Drs. 17/6785, 17/7578 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	ENTH

33. Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Joachim Unterländer, Kerstin Schreyer-Stäblein u.a. CSU
Alkoholsucht bekämpfen
Drs. 17/6803, 17/7524 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	A	Z	Z

34. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Bernhard Seidenath, Kerstin Schreyer-Stäblein u.a. und Fraktion (CSU)
Vorsorge bei psychischen Erkrankungen am Arbeitsplatz
Drs. 17/6831, 17/7525 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

35. Antrag der Abgeordneten Kathrin Sonnenholzner, Doris Rauscher, Kathi Petersen u.a. SPD
Berichtsantrag zum Online-Handel mit Spender-Muttermilch und Muttermilchbanken
Drs. 17/6852, 17/7526 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

36. Antrag der Abgeordneten Kathrin Sonnenholzner, Ruth Müller, Kathi Petersen u.a. SPD
Bericht über eine stärkere Einbeziehung von Heilmittelerbringern in die Gesundheitsversorgung
Drs. 17/6853, 17/7527 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

37. Antrag der Abgeordneten Kathrin Sonnenholzner, Ruth Müller, Kathi Petersen u.a. SPD
Aktionsplan gegen übermäßigen Zuckerkonsum von Kindern vorlegen!
Drs. 17/6854, 17/7528 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

38. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Karl Vetter u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Umsetzung der rechtsaufsichtlichen Anordnung durch das Gesundheitsministerium zum Hausarztvertrag mit der AOK Bayern sicherstellen!
Drs. 17/6855, 17/7529 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	ENTH	Z	ENTH

39. Antrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Dr. Paul Wengert, Harry Scheuenstuhl u.a. SPD
Erdrutsch in Oberstdorf – Schutzmaßnahmen vor Extremwetterereignissen und ihren Folgen
Drs. 17/7089, 17/7577

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

der den Antrag für erledigt erklärt hat

40. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Betreuung von Flüchtlingskindern in bayerischen Kindertagesstätten sicherstellen – Sonderprogramm für niedrigschwellige Übergangsangebote auflegen
Drs. 17/6545, 17/7501 (E)

Gemäß § 126 Abs. 3 BayLTGeschO:
Votum des mitberatenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z